

Fraktion Freie Wähler - Mannheimer Liste



Etatrede 2023

**DAS BESTE
FÜR MANNHEIM!**

17. 11. 2022

Prof. Dr. Achim Weizel,
Fraktionsvorsitzender

Die parteiunabhängige
politische Kraft in Mannheim

www.mannheimerliste.de

Rede zum Haushalt 2023

der Stadt Mannheim

Prof. Dr. Achim Weizel

Fraktionsvorsitzender

Mannheim, 17. November 2022

Es gilt das gesprochene Wort

Das Beste für Mannheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrte Vertreter der Medien,

ETAT 2023

Der Etat 2022 /2023 ist nach wie vor gekennzeichnet von vielen Unwägbarkeiten. Dazu zählen die Gewerbesteuerschätzung, die Energiekrise und bis zu einem gewissen Grad auch die unvorhersehbaren Wirkungen von Corona.

Die Steuerschätzung durch den Kämmerer im Dreiviertel-Jahresbericht zeigt einen Mehrertrag von 93 Millionen Euro gegenüber der letzten Steuerschätzung. Diesem positiven Ergebnis stehen allerdings Risiken in etwa vergleichbarer Höhe gegenüber. Dies ist eine kurzfristige Entlastung. Es ist zu erwarten, dass geringere Gewerbesteuereinnahmen ab 2024 die mittelfristige Finanzplanung wohl bereits heute zur Makulatur machen.

Der **Personalaufwand** steigt, lt. Planung aber erfreulicherweise nicht in dem Ausmaß früherer Jahre. Es ist uns bekannt, dass vor allem im sozialen Bereich ein Bedarf an zusätzlichen Personalstellen besteht. Es ist zu überprüfen, ob nicht durch interne Umschichtungen hier Entlastung geschaffen werden kann. Beim Personal wurde ab dem Jahr 2023 eine Kostensteigerung für den öffentlichen Dienst von einheitlich 2,1% eingeplant.

Es kann aber davon ausgegangen werden, dass ein Prozentsatz zwischen 5% und 10% aufgrund der hohen Inflation und steigender Energie- und Lebensmittelkosten zu erwarten sein dürfte. Die Ansätze im Haushaltsplan werden so wohl kaum ausreichen.

Eine weitere Unsicherheit besteht seit Jahren bei möglichen Steuer-Rückzahlungen, für die im Etat keine Rücklagen gebildet worden sind.

Durch das positive Ergebnis dieses Jahres ist das weitere Abschmelzen der Reserven aufgehalten, der Prozess wird sich dadurch aber nur verschieben, was die Genehmigung des Haushaltes durch das Regierungspräsidium infrage stellt.

Der augenblicklich positive Abschluss wird aber unter anderem nur erreicht, indem die nötigen Kredite, Eigenmittel und Zuschüsse für die **Sanierung des NTM** aus dem städtischen Haushalt in das Budget des NTM verlagert werden. Zins und Tilgung muss der ordentliche Haushalt erwirtschaften, ein Betrag dafür ist aber im Haushalt nicht erkennbar. Die damit auflaufende Zinslast, gerechnet über 25 Jahre, bewegt sich in der Größenordnung von 70 Mio. Euro, dies entspricht ziemlich genau dem Betrag, den der Bund als Beitrag für die Sanierung zur Verfügung stellt.

Im Hinblick auf die Miete, die das NTM erbringen muss, gibt es eine Diskrepanz zwischen dem Haushalt und dem Wirtschaftsplan des NTM. Die im Gemeinderat beschlossene Summe für die Infrastrukturmaßnahmen ebenso wie die Mittel für die Interimsspielstätten finden sich ebenfalls nicht im Haushalt.

Diese mittlerweile übliche Verlagerung von Schulden in Eigenbetriebe und städtische Töchter entlastet zwar den Kämmerei-Haushalt bei der Verschuldung, der Kernhaushalt wird aber immer stärker mit Zins- und Tilgungsleistungen belastet und der zukünftige Spielraum für Investitionen weiter eingengt.

Das **Universitätsklinikum Mannheim** belastet seit Jahren den Etat der Stadt. Eine Änderung ist nicht in Sicht, die Verhandlungen über eine Fusion beziehungsweise einen Verbund kommen kaum von der Stelle, um es vorsichtig zu sagen.

Nach dem jetzigen Stand der Dinge ist zumindest nicht damit zu rechnen, dass in dem jetzt zu beschließenden Haushalt eine wesentliche Entlastung durch das Land erfolgt. Wir müssen deshalb mit einer Belastung in der Größenordnung von 40 – 50 Mio. Euro rechnen. Auch diese sind nicht im Haushalt enthalten.

Das Programm **SHM²** zeigt auch nach mehreren Jahren nicht die erhoffte Wirkung, das heißt, die erhofften Einsparmaßnahmen sind nicht eingetreten. Ärgerlich ist dabei, dass die Einsparmaßnahmen von einigen Dezernaten erfüllt werden, von anderen nicht. Hier hätten wir uns ein energischeres Eingreifen von Seiten des Oberbürgermeisters und der jeweils verantwortlichen Bürgermeister erwartet.

Teil des SHM²-Programms war auch eine Neuordnung des Zuschusswesens, das leider bisher ebenfalls nicht entscheidend angegangen wurde.

Bei den **Kulturinstitutionen** fordern wir, dass lang bestehende, in der Stadt verwurzelte Institutionen adäquat unterstützt werden. Neue Bewerber sollten nicht von einer Förderung ausgeschlossen werden. Dabei sollte die institutionelle Förderung so ausgestaltet werden, dass eine automatische Anpassung der Zuwendungsbeträge an die Inflationsrate oder jährlich eine pauschale Erhöhung erfolgt, diese aber regelmäßig - alle 3-5 Jahre - evaluiert wird.

Investitionen

Nach Plan bewegen sich die Investitionen mit 170 Mio. Euro auf dem Niveau der vorangegangenen Jahre. Bei den Investitionen schlägt die Verwaltung vor, dass sie erst in den Haushaltsplan eingestellt werden, wenn eine Entwurfsplanung bis spätestens 2023 vorliegt. Dies sorgt für Unsicherheit bei manchen schon länger laufenden Vorhaben.

Abstriche im **Schulbau** sind aus verständlichen Gründen im Augenblick nicht durchführbar.

Ein sehr wichtiges Projekt ist für uns das **Kultur- und Sportzentrum Wallstadt**, das bisher noch nicht einmal in der mittelfristigen Finanzplanung enthalten ist.

Dieses Projekt wurde trotz Zusagen an die Wallstadter Bevölkerung über Jahre verschoben. Hier müssen in die mittelfristige Finanzplanung bereits heute Planungsmittel eingestellt werden, damit keine Verzögerung eintritt und die Umsetzung gesichert wird.

In Anbetracht der alarmierenden finanziellen Situation wird es unumgänglich sein, darüber nachzudenken, ob und welche Investitionen ausgesetzt oder verschoben werden können. Auch in diesem Jahr ist für uns im Etat des Kämmerers keine Priorisierung zu erkennen. Eine Kürzung des Investitions-Etats wird aber unumgänglich sein.

Bei den Kürzungen steht für uns der **Neubau der Stadtbibliothek** an erster Stelle. Dieser Neubau war von vornherein an der falschen Stelle geplant. Der vorgesehene Abriss des Parkhauses N1 wird sich weiter verschlimmernd auf die schon jetzt kritische Verkehrssituation auswirken. Es ist noch nicht zu spät, der Bau muss gestoppt werden.

Ein weiteres unsinniges Projekt ist die Sanierung der **Multihalle**. Dies ist ein Fass ohne Boden, auch nach Jahren des Planens ist noch kein vernünftiges Nutzungskonzept zu erkennen. Eine weitere Investition bedeutet nur verlorenes Geld.

Wohnen

Die beiden neuen Stadtteile Franklin und Spinelli wachsen rasant. In der Zukunft werden derart große Neubaugebiete nicht mehr zur Verfügung stehen. Und auch kleinere Gebiete für den Wohnungsbau sind rar geworden. Gleichzeitig gibt es in der ganzen Stadt zahlreiche Gebäude, die noch Ausbaupotential haben, um neuen Wohnraum zu schaffen. Mit dem Ausbau solcher Flächen könnte dringend benötigter Wohnraum neu geschaffen werden, ohne zusätzliche Flächen zu versiegeln.

Um die Bereitschaft der Hauseigentümer für den Ausbau dieser Flächen und deren Bereitstellung für den Wohnungsmarkt zu erhöhen hat die Fraktion vorgeschlagen, ein **Förderprogramm für den Ausbau und die Schaffung von neuem, zusätzlichem Wohnraum** auf energetisch aktuellem Stand ins Leben zu rufen.

Als Finanzierung sollen die im Rahmen des "Bodenfonds" zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel verwendet werden. Ein entsprechendes Förderprogramm könnte sofort starten und noch in diesem Jahr erste Projekte fördern.

Wir würden uns wünschen, dass auch die anderen Fraktionen des Gemeinderates die Wichtigkeit unseres Vorschlages sehen, den Vorschlag mittragen und einer Umverteilung der Mittel zustimmen.

Klimaschutz

Eine wesentliche Aufgabe der Zukunft, auch in Mannheim, ist die Bewältigung der Klimakrise. Die Verwaltung hat dazu den Entwurf eines **Klimaschutzaktionsplans 2030** vorgelegt.

Dieser ist nur eine Ideensammlung, er enthält eine Reihe nachvollziehbarer Vorschläge, aber relativ wenig konkrete Projekte und Maßnahmen. Der KSAP 2030 darf kein Freibrief für die Verwaltung sein, die Projekte nach eigenem Gutdünken durchzuziehen. Der Gemeinderat muss hier immer das letzte Wort haben.

Derzeit sind weder belastbare Aussagen über die gewünschten Emissionseinsparungen noch über die benötigten Finanzmittel möglich.

Erst wenn das erfolgt ist kann eine Berücksichtigung in den jeweiligen Haushalten erfolgen. Fragen muss man sich, wie viele zusätzliche Stellen und welche Finanzmittel notwendig sind, um den KSAP 2030 in der vorliegenden Form umzusetzen. Das kann derzeit noch nicht einmal vage abgeschätzt werden.

Die mit dem KSAP 2030 verbundenen Risiken für die kommenden Mannheimer Haushalte sind enorm.

Ohne Fördermittel auf EU-, Bundes- und Landes-Ebene ist eine Zielerreichung und deutliche Beschleunigung der Aktivitäten auf dem Weg zur Klimaneutralität nicht möglich. Uns erscheint eine Umsetzung des KSAP bis 2030 unrealistisch, auch mit Blick auf das aktuelle Geschehen in Europa und der Welt.

Hinzu kommt die sehr begrenzte eigene Handlungsfähigkeit von Mannheim sowie die fehlende Berücksichtigung der Metropolregion. Hier ist ein regionaler Schulterschluss unbedingt erforderlich.

Verkehrsversuch ist gescheitert

Die positive Sicht der Verwaltung auf den Verkehrsversuch und die Deutung der Zählungen durch den Baubürgermeister können die Freien Wähler – ML nicht nachvollziehen.

Die Folgen des Verkehrsversuchs sind nach Meinung der Fraktion eindeutig und katastrophal. Der Verkehr ins Zentrum und damit der Zugang der Käufer zu den Geschäften hat sich massiv reduziert. Die prognostizierte Verschiebung auf den Ring kann nicht nachgewiesen werden. Die Zahlen dort haben sich sogar reduziert, was nur den Schluss zulässt, dass weniger Besucher in die Innenstadt bzw. nach Mannheim kommen. Und auch die erwartete Umleitung des Fernverkehrs kann mit den angewendeten Methoden überhaupt nicht nachgewiesen werden.

Hinzu kommt, dass die zunehmende Belastung der Bewohner der Erbprinzenstraße seit Beginn des Verkehrsversuchs besteht und so nicht akzeptabel ist. Und sie hat nicht erst seit Sperrung der Kurpfalzbrücke zugenommen. Darüber hinaus wird der Bereich Fressgasse / Breite Straße / Kunststraße auch durch ständige Nachbesserungen nicht anders oder besser. Gleichzeitig zeigt eine Kaufkraftanalyse, dass die Umsätze in der Mannheimer Innenstadt viel stärker eingebrochen sind als anderswo. Auch daran dürfte der Verkehrsversuch einen entscheidenden Anteil haben.

Nach Ansicht der ML tragen die Konsequenzen des Verkehrsversuchs zum weiteren Niedergang der Innenstadt bei und verstärken diesen sogar. Der Versuch muss deshalb sofort gestoppt und die Sperrung von Kunststraße und Fressgasse rückgängig gemacht werden, solange der Fahrlachtunnel gesperrt ist und weitere Baustellen im Innenstadtbereich den Verkehr behindern.

Gehwegparken – Ziel muss sein, möglichst viele Parkplätze zu erhalten

Das Thema "Parkplätze entlang der Straßen" bewegt in Mannheim weiterhin die Gemüter. In den Quadraten wurden vor wenigen Tagen nach der Straßensanierung in einzelnen Straßen neue Markierungen für Stellplätze nach den Vorgaben der grün-schwarzen Landesregierung eingezeichnet. In anderen Stadtteilen wurden versuchsweise provisorische Markierungen angebracht, die mögliche Parkplatzfestlegungen aufzeigen.

Dabei hat sich jetzt schon gezeigt, dass teilweise eine erhebliche Zahl an Parkmöglichkeiten entfallen werden, da die vom Verkehrsministerium vorgeschriebenen Abstände und Gehwegbreiten in vielen Straßen nicht zur Verfügung stehen. Und dies wird in einzelnen Stadtteilen besonders kritisch werden, da vielfach, wie beispielsweise in Alt-Seckenheim teilweise keine Gehwege existieren und in Alt-Feudenheim Straßen und Gehwege so schmal sind, dass man sich kaum vorstellen kann, wie das Parken dort überhaupt noch aussehen soll.

Selbstverständlich müssen insbesondere Mütter mit Kinderwagen, Rollstuhlfahrer und mobil eingeschränkte Menschen besonders geschützt werden.

Ziel muss es immer sein, einen tragfähigen Kompromiss für alle Verkehrsteilnehmer zu finden und möglichst viele Stellplätze an den Straßen zu erhalten. Im Mittelpunkt muss immer das Gemeinwohl und eine Lösung für Alle stehen. In diesen Prozess müssen Bevölkerung, Gewerbetreibende und Bezirksbeiräte von Beginn an eingebunden und an der Entscheidung beteiligt werden.

Gerade in der heutigen Zeit, in der die Menschen in unserem Land mehr als genug an Belastungen zu ertragen haben und die steigenden Energie- und Heizkosten unsere Gesellschaft vor eine Zerreißprobe stellen werden dürfen durch dieses Thema keine weiteren Konflikte in der Bevölkerung ausgelöst werden.

Müll-Detektive

Mannheim ist leider keine saubere Stadt mehr. Auf den Straßen, Wegen und Plätzen in Mannheim ist zu beobachten, dass immer häufiger Kaffeebecher, Dosen, Essensbehälter, Verpackungen und Zigarettenkippen achtlos auf die Straße geworfen werden. Das Androhen von Verwarnungen und Bußgeldern bewegt einige Mitbürgerinnen und Mitbürger aber nicht, ihren Müll ordnungsgemäß in den öffentlichen Abfallbehältern zu entsorgen. Die Reinigungszyklen des Stadtraumservice werden fast jährlich erhöht, eine wirkliche Besserung ist bisher aber nicht eingetreten. Denn Reinigung allein hilft nicht. Der Stadtraumservice macht keinen Dreck, er muss ihn nur wegputzen. Und der KOD auch nicht. Den Dreck machen die Bürgerinnen und Bürger.

Konzertierte Aktionen an besonderen Schwerpunkten durch den KOD und zusätzliche Kontrollen an Abenden und am Wochenende würden unserer Meinung nach zu Erfolgen führen. Mehr Kontrolle und damit mehr Ahndung und Sanktionen sind notwendig.

Andere Städte im In- und Ausland haben es auch geschafft, sauber zu werden. Sicherheit fängt bei Sauberkeit an!

Hierfür werden wir beim Stadtraumservice auch in diesem Jahr wieder Personalstellen für sog. "Müll-Detektive" beantragen, die entsprechende Kontrollen stadtweit durchführen und Verfahren einleiten sollen. Und das nicht nur in der Innenstadt, sondern ganz besonders auch in den Stadtteilen. Diese Stellen hatten wir bereits im Haushalt 2022 beantragt, wir haben damals aber keine Mehrheit für unsere Idee gefunden.

In diesem Zusammenhang möchte sich die ML bei der Stadtverwaltung bedanken, dass sie im Rahmen der Sauberkeitsoffensive unseren Antrag zum getrennt Einsammeln und Recyceln von Zigarettenkippen aufgegriffen hat, dies kann aber nur ein erster kleiner Schritt sein. Insbesondere Großveranstaltungen mit sehr vielen Besuchern wie zum Beispiel im Rosengarten, in der SAP-Arena oder im Carl-Benz-Stadion sowie die Bahnhöfe und Haltestellen des ÖPNV müssen schnellstmöglich in das System integriert werden.

Kinder, Jugend und Senioren

Unsere Pflichtaufgaben sollten immer oberste Priorität haben. **Schulen und Kitas** gehören zu unseren wichtigsten Pflichtaufgaben.

Eine funktionierende Kindertagesbetreuung ist Teil der kommunalen Daseinsfürsorge und ein wichtiger Standortfaktor für Eltern.

Im Kinderbetreuungsbereich hat die Verwaltung in den vergangenen Monaten mit dem Kindergartenbedarfsplan ein Konzept erarbeitet, das die Stadt bei der Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen zugrunde legen kann. Es hat sich gezeigt, dass ein erheblicher Bedarf an der Schaffung neuer, zusätzlicher Betreuungsplätze besteht. Die Stadt allein kann dies alles nicht umsetzen, sie braucht dafür die Freien Träger. Nur so kann der Rechtsanspruch, wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, tatsächlich auch umgesetzt werden.

Es versteht sich aber von selbst, dass wir unseren Freien Trägern eine ausreichende Finanzierung bereitstellen müssen, damit wir die gesetzten Ziele auch bestmöglich erreichen können. Die gerade neu beschlossenen Förderrichtlinien müssen wir daher weiter anpassen und ergänzen, damit die Freien Träger eine ausreichende Finanzausstattung zur Erfüllung der übernommenen Aufgaben erhalten.

Bei den Kita-Beiträgen besteht unserer Ansicht nach ebenfalls Handlungsbedarf. Der Finanzbedarf der Betreuung steigt jährlich an.

Die Kita-Beiträge wurden jedoch in den vergangenen Jahren nicht den steigenden Kosten angepasst und angemessen erhöht. Dies hat zu einem deutlichen Fehlbetrag geführt. Der von Land, Kommunen und Kirchen empfohlene 20%-ige Elternanteil an den Kosten wird in Mannheim bei weitem nicht erreicht.

Hinzu kommt, dass die Stadt Mannheim einen freiwilligen Zuschuss von derzeit 105 Euro pro Kind bezahlt. In der derzeitigen finanziellen Situation darf eine solche Freiwilligkeitsleistung nicht sakrosankt sein, sie muss hinterfragt und evtl. gekürzt oder gestrichen werden. Zumindest muss über die Einführung eines Sozialfaktors oder eine einkommensabhängige Gewährung nachgedacht werden, um eine Eingrenzung des Empfängerkreises und damit eine Verringerung der Ausgaben zu erreichen.

Der Ausbau von Ganztagsgrundschulen, die Sanierungen und baulichen Ertüchtigungen unserer Schulgebäude wird uns in den nächsten Jahren (Jahrzehnten) etliches abverlangen. Hier wurden schon zahlreiche Projekte umgesetzt – alle außerhalb des städtischen Haushalts finanziert – doch viele weitere Schulen müssen noch ertüchtigt, saniert und ausgebaut werden. Auch hier machen sich die steigenden Kinderzahlen bemerkbar. Hinzukommen wird noch der Ausbau der Schulkinderbetreuung, die notwendig ist, um den Rechtsanspruch umsetzen zu können. Auch dafür werden noch erhebliche finanzielle Aufwendungen notwendig sein.

Im Freizeitbereich müssen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (SGB IX) sowie des Kinder- und Jugend-Stärkungs-Gesetzes (KJSG) in den kommenden Haushaltsjahren ausreichend Mittel eingeplant werden. Dies alles sind Aufgaben, die von Bund und Land auf die Kommunen übertragen wurden, ohne ausreichend Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang ist uns die Fortführung des Mannheimer Projekts "Corona-Folgen bei Kindern und Jugendlichen" sehr wichtig.

Wir werden daher den Antrag stellen, dass die durch den Jugendhilfeausschuss geschaffenen drei Stellen erhalten bleiben und das Fachpersonal gesichert werden kann, um die Corona-Folgen bei Kindern und Jugendlichen abzufedern. Dazu gehören auch Jugendtreffs, die diese Arbeit unterstützen und den Jugendlichen die Chance bieten, sich zu treffen und aktiv einzubringen.

Bei aller Fixierung auf Kinder und Jugend-Themen darf man die Seniorenarbeit nicht aus den Augen verlieren. Auch hier ist es wichtig, das Netz der Seniorentreffs so auszubauen und zu stärken, dass auch eingeschränkt mobile Menschen die Möglichkeit erhalten, das Angebot wahrzunehmen und soziale Kontakte zu schaffen oder aufrecht zu erhalten. Das Angebot der Stadt sollte dabei durch soziale Träger ergänzt werden.

Dank

Wir bedanken uns bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich zum Wohle unserer Stadt und unserer Gesellschaft einsetzen. Bei den zahlreichen Ehrenamtlichen, die in den vielen Mannheimer Vereinen und Bürgerinitiativen tätig sind. Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Mannheim und der Eigenbetriebe für ihren tagtäglichen Einsatz im Sinne und zum Wohle unserer Stadt.

Mein Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen Holger Schmid, Christopher Probst und Christiane Fuchs sowie der Fraktionsgeschäftsstelle mit Christiane Busenbender und Hartmut Beck für die Unterstützung bei der Vorbereitung der Etatberatungen und der Haushaltsrede.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Fraktion Freie Wähler – Mannheimer Liste



Fraktion Freie Wähler – ML und die Mitarbeiter der Geschäftsstelle

v.l.n.r: Christopher Probst, Christiane Fuchs, Prof. Dr. Achim Weizel, Christiane Busenbender, Holger Schmid, Hartmut Beck

Fraktion Freie Wähler – ML
Rathaus E 5, 68159 Mannheim
Tel.: 0621 293-9402
Fax: 0621 293-9876
E-Mail: ml@mannheim.de
www.mannheimerliste.de